

4



*Drei* Achtung:  
~~Zwei~~-Klassen-  
Medizin

Gerechte Gesundheits-  
politik geht anders!

gerecht-  
geht-  
anders.de





## SOLIDARISCHE GESUNDHEITSVERSORGUNG ERHALTEN!

Wer krank wird möchte sich in guten Händen wissen. Auch ohne „Vitamin B“ oder dicken Geldbeutel. Wir wollen, dass für alle die notwendige und angemessene medizinische Versorgung gewährleistet ist. Dafür steht die solidarische Krankenversicherung: Die Beiträge hängen vom Einkommen ab, egal wie krank oder gesund man ist. Die Hälfte sollen die Arbeitgeber zahlen.

weniger als die Versicherten. Kam eine Krankenkasse damit nicht aus, konnte sie von den Versicherten einen Zusatzbeitrag bis maximal ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens erheben.

Staat und Arbeitgeber zogen sich aus der Finanzierung für unsere Gesundheit zurück. Um den Bundeshaushalt zu entlasten, werden den Versicherten fast fünf Milliarden Euro jährlich aufgebürdet.

**Solidarische Versicherung bedeutet, dass gute Gesundheitsversorgung nicht vom Geldbeutel abhängt.**

### **Solidarprinzip ausgehöhlt**

Bereits in der Vergangenheit wurde die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben. Die Arbeitgeber zahlen nicht mehr wie früher die Hälfte der Beiträge, sondern 0,9 Prozentpunkte

Zusätzliche Milliardenkürzungen bedeuten massiven Arbeitsplatzabbau in Krankenhäusern und Krankenkassen. Schlechtere Pflege für die Patienten und noch mehr Hetze und Druck für die Beschäftigten sind die Folge. Der Druck, noch stärker als bisher privat vorzusorgen, steigt. Doch Viele können sich das nicht leisten.



## Mehrbelastungen für Versicherte

Doch damit nicht genug! In Zukunft sollen die Versicherten alle Kostensteigerungen alleine tragen. Der Arbeitgeberbeitrag wurde im Januar 2011 letztmalig um 0,3 auf 7,3 Prozent erhöht und bleibt danach fest. Bei den Versicherten steigt der Beitrag auf 8,2 Prozent.

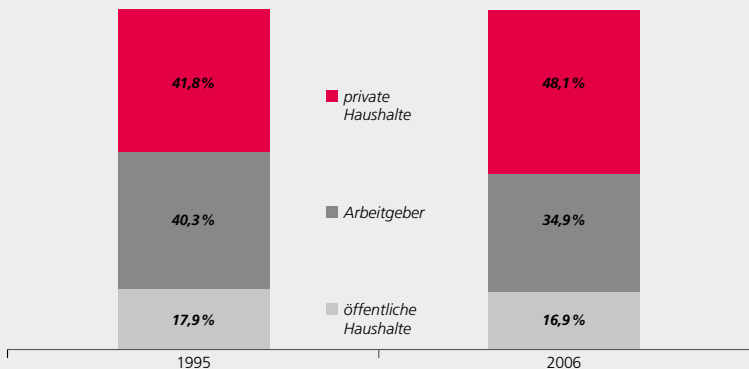
Der bisherige Zusatzbeitrag wandelt sich zur Kopfpauscha-

le. Weil mit ihr jeder künftige Kostenanstieg finanziert wird, steigt sie kräftig. Die Belastungen sollen zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens nicht übersteigen. Im Einzelfall kann sie aber weit höher liegen.

Bis 2020 wird mit einer Kopfpauschale von über 70 Euro im Monat gerechnet. Acht von zehn Versicherten brauchen dann einen Sozialausgleich. Weil dafür zusätzliche

## Versicherte zahlen immer mehr

Finanzierungsanteile am Gesundheitswesen



Die Finanzierung des Gesundheitswesens wurde immer weiter zu Lasten der privaten Haushalte, also der Versicherten verschoben. Der Anteil der öffentlichen Haushalte ging leicht zurück. Die Arbeitgeber wurden sogar um über fünf Prozentpunkte entlastet. 2006 entsprach dies einem Betrag von 17,5 Milliarden Euro.

Quelle: Robert-Koch-Institut 2009



Steuermittel kaum zur Verfügung stehen werden, muss er aus dem Gesundheitsfonds bezahlt werden. Damit steht entweder weniger Geld für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung oder die Kopfpauschale steigt noch kräftiger.

### Kostenfalle Vorkasse

Bislang wurden bei einer ärztlichen Behandlung die Kosten von der Krankenkasse getragen. Jetzt kann beim Arzt direkt auf Rechnung bezahlt und in der Apotheke kann ein wirkstoffgleiches Medikament gegen Zahlung der Mehrkosten gewählt werden. Doch Vorsicht: Die vermeintliche Wahlfreiheit kann schnell teuer werden!



**Die Kopfpauschale der Koalition bedeutet: Wer wenig hat, wird am stärksten belastet.**

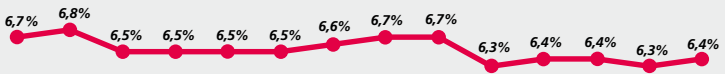
Über 600.- EUR kann dann der Besuch beim Radiologen kosten, rund 250.- EUR beim Internis-

ten. Der Grund: Ärztinnen und Ärzte können jetzt noch leichter gesetzlich Versicherten höhere Kosten in Rechnung stellen - wie bei Privatpatienten. Und wer in der Apotheke von seiner „Wahlfreiheit“ Gebrauch machen will, kann auf einem Großteil der Kosten sitzen bleiben.

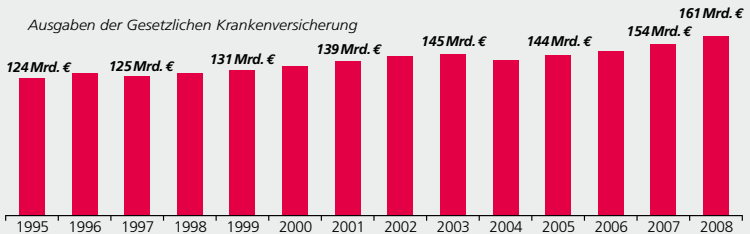
Die schwarz-gelben „Reformen“ zementieren den Weg in die Dreiklassen-Medizin: Privatversicherte

zahlen mehr und haben einige Privilegien. Wer es sich von den gesetzlich Versicherten leisten kann, muss bessere Leistungen noch stärker als bisher privat finanzieren. Wer es sich nicht leisten kann, muss mit dem bestehenden Leistungsangebot auskommen. Dieses droht immer mehr eingeschränkt zu werden.

## Keine "Kostenexplosion" bei der Gesundheit



Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung sind in den vergangenen Jahren nur mäßig gestiegen. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung sind sie sogar gesunken.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Ich möchte Mitglied werden ab: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr

**Persönliche Daten:**

\_\_\_\_\_  
 Name

\_\_\_\_\_  
 Vorname/Titel

\_\_\_\_\_  
 Straße/Hausnummer

\_\_\_\_\_  
 PLZ      Wohnort

\_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum      Telefon

\_\_\_\_\_  
 E-Mail      Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_  
 Geschlecht       weiblich       männlich

**Beschäftigungsdaten**

Arbeiter/in       Angestellte/r  
 Beamter/in       DO-Angestellte/r  
 Selbstständige/r       freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenst.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/in-Student/in bis \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
 Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

\_\_\_\_\_  
 Straße/Hausnummer im Betrieb

\_\_\_\_\_  
 PLZ      Ort

\_\_\_\_\_  
 Branche      ausgeübte Tätigkeit

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

\_\_\_\_\_  
 Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr.

\_\_\_\_\_  
 Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe

\_\_\_\_\_  
 regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro

**Einzugsermächtigung:**

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen  
 Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte       zum Monatsende

monatl.  halbjähr.  vierteljährl.  jährlich

\_\_\_\_\_  
 Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

\_\_\_\_\_  
 Bankleitzahl      Kontonummer

\_\_\_\_\_  
 Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben)

\_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\* monatlich bei  
 meinem Arbeitgeber einzuziehen.

\* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

\_\_\_\_\_  
 Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren)

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr      Monat/Jahr

**Monatsbeitrag:** Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro  
 Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.

**Datenschutz**

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden,  
 dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis  
 betreffende Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im  
 Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft  
 und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben  
 elektronisch verarbeitet und genutzt werden.  
 Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes  
 in der jeweiligen Fassung.

\_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift

\_\_\_\_\_  
 Datum      Unterschrift

**Werber/in:**

\_\_\_\_\_  
 Name

\_\_\_\_\_  
 Vorname

\_\_\_\_\_  
 Telefon

\_\_\_\_\_  
 Mitgliedsnummer



## Gesundheit solidarisch finanzieren

Wir wollen die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Bürgerversicherung bedeutet, dass alle versichert sind und sich mit allen Einkommensarten – auch Vermögenseinkommen – an der Finanzierung beteiligen. Wer mehr verdient, soll und kann aufgrund seiner finanziellen Stärke auch mehr beitragen als Menschen mit geringen Einkommen. Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen wieder abgebaut werden.

**Wer zum oberen Viertel der Bevölkerung gehört, lebt im Schnitt zehn Jahre länger. Armut darf nicht noch stärker zum Gesundheitsrisiko werden.**



**Die Bürgerversicherung garantiert eine gute Versorgung für alle.**

Solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen gewährleisten am besten, dass alle den gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung haben. Die Arbeitgeber dürfen nicht aus der Finanz- und Kostenverantwortung entlassen werden. Wenn die Kosten steigen, müssen sie weiterhin beteiligt bleiben und sie müssen den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren. Nur so wird das gemeinsame Interesse an einer bedarfsgerechten und für alle bezahlbare Versorgung erhalten.



Wir wollen gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung für alle. Das garantiert die Bürgerversicherung. Gesundheitsleistungen würden solidarisch finanziert werden und die Arbeitgeber wären mit im Boot. Die Kopfpauschale lehnen wir ab, weil sie gut Verdienende entlastet und Arme belastet.

## **ver.di fordert:**

- ▲ Wer mehr verdient, soll auch mehr einzahlen; Beiträge müssen auf alle Einkünfte erhoben werden;
- ▲ eine Bürgerversicherung, in die schrittweise alle einbezogen werden sollen;
- ▲ Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen wieder abgebaut werden;
- ▲ die Arbeitgeber müssen den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren;
- ▲ keine Kürzungen zu Lasten der Versicherten oder der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

**Mehr Infos: [www.gerecht-geht-anders.de](http://www.gerecht-geht-anders.de)**

### **IMPRESSUM:**

ver.di –

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Ressort 1, Wirtschaftspolitik  
Paul-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin**

Verantwortlich: Frank Bsirske

Bearbeitung: Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,  
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

W-3014-36, Januar 2011

**[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)**



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**